Einzelnummer 50 Mark

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Für auswärts monatlich M. 1200.— einschl. Zustellgebühr. Durch die Post innerhalb Deutschlands frei ins Haus geliefert: monatlich M. 1400.— und Bestellgebühr. Auslandsversand: monatlich M. 1400.— und Drucksachen-Porto. — Das Leipziger Tageblatt erscheint täglich morgens, außer nach Sonn- und Feiertagen. Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörungen berechtigt den Bezieher nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse 8. Fernsprecher 7080—17092. Anzeigen- u. Abonnements-Annahme in der Geschäftsstelle, allen Filialen, sowie in Berlin, Ullsteinhaus.

Anzeigenpreis: für die Gesamt-(Stadt- u. Post-)Auflage: die einsp. 24 mm pr. mm-Zeile M 70.—, für ausw. Inserent. M. 115.—. Sonderpreise: Familienanz. d. Priv. die mm-Zeile M. 15.—, Gelegenheits-Anzeigen (priv. Natur) und Stellenangebote, die mm-Zeile M. 35.—, Stellengesuche die mm-Zeile M. 30.—, amtl. Bekanntmachungen, Doppel-mm-Zeile M. 140.—, für ausw. M. 230.—, Reklame 72 mm breit, die mm-Zeile M. 350.—, für auswärtige M. 500.—, Auslandsanzeigen mit Valuta-Aufschlag. Bei Wiederholung Nachlaß. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. — Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung der Anzeigenaufträge und Leistung von Schadenersatz. — Postscheckkonto Leipzig 3004. Druck und Verlag Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H., Leipzig. Verantwortlicher Schriftleiter: Jun Ullsteinhaus. Fernsprech-Anschluß: Dönhoff 5600—5693.

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 23 — Sonnabend, den 27. Januar 1923 — 117. Jahrgang

Einigkeit in der Stunde der Gefahr

Von **Dr. Hermann Pachnicke**, M. d. R.

Berlin, 26. Januar.

Der Weltkrieg ist noch nicht zu Ende. Er wird mit wirtschaftlichen und nun auch wieder mit militärischen Gewaltmaßregeln fortgeführt. Frankreich schickt sich an, das von ihm besetzte Ruhrkohlengebiet gänzlich vom Mutterlande abzusperren. Deutschland leistet mutig Widerstand. Es ist entschlossen, unter dem Druck der Bajonette nicht zu verhandeln. Die Arbeiterschaft steht fest auf seiten der Regierung, schreckt auch vor Arbeitsniederlegung nicht zurück, wenn ihre Führer festgenommen oder Maschinengewehre aufgefahren werden. Jede Stunde kann Zusammenstöße bringen und die Nervenkraft der dortigen Bevölkerung auf die schwerste Probe stellen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen zwischen zwei Feuern. Die Reichsregierung droht Strafen an, wenn ihre Befehle nicht befolgt werden. Die französischen Generale befehlen das Gegenteil und vollstrecken sofort die Strafe, wenn ihnen der Gehorsam verweigert wird. Dazu steigt die Lebensmittelnot ins Unerträgliche. Ist der Preis für den Zentner Roggen schon im deutschen Inland auf etwa 36 000 Mark hinaufgetrieben, so steigt er im Ruhrgebiet noch höher, weil hier Mangel an Ware preissteigernd wirkt. Genug, es bildet sich eine wahre Notlage heraus, von der sich die Festigkeit und vaterländische Treue der Westfalen um so glänzender abhebt.

Aber täuschen wir uns nicht! Die Franzosen sind zum äußersten entschlossen. Wir müssen damit rechnen, daß die Kohlenversorgung des unbesetzten Deutschlands demnächst ins Stocken gerät, daß der Beschäftigungsgrad innerhalb der Industrie nachläßt, die Mark immer tiefer sinkt, daß Arbeitslosigkeit und Elend um sich greift, ein Elend, das die Mittelschichten und die geistigen Arbeiter am schwersten treffen wird. Wir ziehen nach Möglichkeit englische Kohle heran, auch tschechische und polnische Kohle. Aber kann nicht jeden Augenblick Frankreich auf das von ihm abhängige Polen einen Druck ausüben und die weiteren Kohlensendungen verhindern? Wird nicht durch stürmische Nachfrage nach den schwarzen Diamanten in England ihr Preis in die Höhe getrieben werden, daß eine Teuerung entsteht, gegen die die dortigen Konsumenten sich auflehnen, so daß ein englisches Kohlenausfuhrverbot in Frage kommt?

Der Himmel über Deutschland ist düster, und er verdüstert sich noch mehr, sobald Anfang nächsten Monats die Reparationskommission ihre Entscheidung über die deutschen Zahlungen getroffen haben wird. Das sogenannte kleine Moratorium ist am 31. Dezember vorigen Jahres zu Ende gegangen. Damit lebt das Londoner Ultimatum wieder auf, und wir wären verpflichtet gewesen, am 15. Januar 500 Millionen Goldmark zu zahlen. Solche Summen aufzubringen, ist unmöglich. Ueberdies haben wir alle Leistungen in barem Gelde und in Sachwerten an die Mächte, die uns überfielen, eingestellt. Nun bereitet sich die Reparationskommission vor, einen Zahlungsplan aufzustellen, vielleicht mit einem zweijährigen Zahlungsaufschub, mit einer Abgabe vom Vermögen der Großindustriellen und jedenfalls mit Aufrechterhaltung der Pfänder, die Frankreich und Belgien jetzt in Händen haben. Auf einen derartigen Vorschlag gehen wir nicht ein. Die Reichsregierung will und darf überhaupt nicht verhandeln, solange noch ein fremder Soldat auf westfälischem Boden steht. Der Reichstag ist in seiner Mehrheit ebenfalls zu einem unbedingten Nein bereit.

Was aber dann? Die französische Presse droht, im Ablehnungsfalle für das gesamte besetzte Gebiet eine autonome Organisation, ähnlich derjenigen im Saarland zu schaffen. Das wäre der Uebergang entweder zu einem rheinisch-westfälischen Sonderstaat oder zur förmlichen Lostrennung dieses Gebietes von Deutschland. Damit hätte Frankreich erreicht, was es seit Jahrhunderten bezweckt. Deutschland wäre des wertvollsten Teiles seines Wirtschaftsgebietes beraubt, und dadurch auch politisch lahmgelegt. Frankreich dagegen hätte die Herrschaft über Erz und Kohle, also die volle Selbständigkeit in der Beschaffung von Waffen und Munition. Nicht nur seine wirtschaftliche, sondern zugleich seine militärische Vorherrschaft in Europa wäre gesichert.

Nur das Aufgebot höchster sittlicher Kraft vermag diese verhängnisvolle Entwicklung zu verhindern. Jetzt gilt es, allein das eine Ziel ins Auge zu fassen, die Rettung des Vaterlandes. Alles andere muß zurückstehen. Die Händel über die innere Einrichtung des Hauses mögen später geschlichtet werden, nachdem zunächst das Haus selbst gegen die Stürme gesichert ist, die es bedrohen. Die nationale Einheitsfront innerhalb und außerhalb des Parlamentes ist nötig. Eine neue Notgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollte sich bilden, die Arbeitskämpfe in der Stunde der Gefahr ausschließt. Nie war die Not so groß wie jetzt, und nie die Pflicht so dringend, ihr mit dem Aufgebot der ganzen Volkskraft zu begegnen.

Dauerbesetzung geplant

Ein „Oberkommissar" fürs Ruhrgebiet

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Paris, 26. Januar.

Das Echo de Paris macht nähere Angaben über die Stellung, die ein alliierter Oberkommissar im Ruhrgebiet gegebenenfalls haben solle. Er hätte die Führung und die unmittelbare Verantwortung, während der Befehlshaber der Truppen ihm untergeordnet sei und nach den Richtlinien zu handeln habe, ie er von ihm erhalte. Auch der Oberkommissar im Rheinland müsse dem Ruhrkommissar in gewissem Umfange untergeordnet sein, da das Ruhrgebiet in Zukunft der Hauptposten der französischen Politik sein werde und die Ereignisse auf dem rechten Rheinufer zukünftig die auf dem linken Rheinufer bestimmen würden. So werde der neue Oberkommissar tatsächlich sämtliche Rheinangelegenheiten unter sich haben.

Das genannte Blatt macht im Zusammenhange hiermit darauf aufmerksam, daß man keineswegs allein mit Militäroperationen gegen Deutschland auskommen könne, da Deutschland die Alliierten durch industrielle Organisation, soziale Bewegung und diplomatische Manöver bekämpfe.

Der Petit Parisien meldet, im Ministerrat hoffe man, daß General Weygand, wenn er zurückkehre, in der Lage sein werde, einen praktischen Plan vorzulegen, durch den die Aktionen der Besatzungsmächte zusammengefaßt und die Ausbeutung der Pfänder organisiert werden könnte. Erst dann werde man den Mann bezeichnen, der als Oberkommissar wirken solle, obzwar es kein Geheimnis sei, daß die Wahl Weygands für diesen Posten nicht nur in Paris, sondern auch bei den übrigen Besatzungsmächten eine gute Aufnahme finden würde.

Essen, 26. Januar.

Der Betrieb bei der Eisenbahndirektion Essen wird in jeder Beziehung schwieriger. Jetzt haben die Franzosen auch von den Fernsprechleitungen der Eisenbahndirektion sieben Leitungen für sich mit Beschlag belegt, so daß der Telephonverkehr der Eisenbahndirektion in hohem Maße behindert wird. Aus verschiedenen Maßnahmen der Eisenbahnabteilung der Besatzungstruppen läßt sich schließen, daß die Franzosen beabsichtigen, die Köln—Lindener Eisenbahnstrecke von Recklinghausen über Bottrop—Oberhausen—Duisburg—Rebaa nach Düsseldorf mit eigenem Personal für ihre Zwecke in Betrieb zu nehmen. Weiter scheinen sie auf dem Bahnhof Kettwig eine Nebenlinie nach Essen einrichten zu wollen.

Die Folter der Ausweisung

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Köln, 26. Januar

Die gesamte Aachener Tagespresse ist wegen der Veröffentlichung von Protesterklärungen der Aachener Behörden und wirtschaftlicher und politischer Verbände auf drei Tage verboten worden. Man führt dieses Verbot auch darauf zurück, daß die Aachener Zeitungen es abgelehnt hatten, eine Mitteilung des Aachener Kreisdelegierten der Interalliierten Rheinlandkommission, die ihnen „zur unentgeltlichen Veröffentlichung und mit dem Auftrage, sie ins Deutsche zu übersetzen" zugegangen war, zu veröffentlichen.

Ems, 26. Januar

Oberregierungsrat Mayer, der Leiter des Ein- und Ausfuhramtes Ems, der sich geweigert hatte, dem Verlangen der Rheinlandkommission zu entsprechen und ein Gutachten zu der geplanten Ruhrzollinie abzugeben, ist am 25. Januar durch die Interalliierte Rheinlandkommission von der Leitung des Ein- und Ausfuhramtes Ems enthoben worden und hat heute Ems verlassen.

Düsseldorf, 26. Januar

Bürgermeister Schmidt, der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, wurde heute mittag im Rathause während einer Besprechung mit den Fraktionsführern von den französischen Besatzungsbehörden verhaftet. Auf den Protest, den Stadtverordneter Adams namens der Stadtverwaltung gegen die Verhaftung erhob und auf die Frage, aus welchen Gründen die Verhaftung erfolge, gaben die Franzosen keine Antwort.

Essen, 26. Januar

Die Ausweisungen von Staatsbeamten aus dem besetzten linksrheinischen Gebiet nehmen immer größeren Umfang an. In Speyer sind sämtliche Beamte der Regierungsforstkammer, vom Regierungsdirektor bis zum jüngsten Referendar hinunter, von der Besatzungsbehörde ausgewiesen worden bis auf vier, die unter militärischer Bedeckung verhaftet wurden. Die Maßnahme erfolgte, weil sämtliche Beamte auf die Frage der Besatzungsbehörden, ob sie bereit seien den französischen Befehl auf Vollzug der letzten Rheinlandordonanz zu entsprechen, mit Nein antworteten.

Regierungsprotest gegen die Ausweisungen

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Berlin, 26. Januar.

Die deutschen Vertretungen in Paris, London und Brüssel haben den dortigen Regierungen eine Protestnote wegen der durch die interalliierte Rheinlandkommission erfolgten Ausweisungen der Beamten aus dem besetzten Gebiet übergeben. Die Note betont, daß dabei mit besonderer Rücksichtslosigkeit und Brutalität vorgegangen worden sei. Es werden 7 solche Fälle aufgezählt und bemerkt, daß den Ausgewiesenen in den meisten Fällen nur eine Frist von wenigen Stunden gewährt wurde. Der Regierungsdirektor Morgens vom Landesfinanzamt in Speyer, der, wie alle übrigen, mit seiner Familie ausgewiesen wurde, ein 63jähriger Mann, mußte sich von seinem schwerkranken Sohne sofort trennen. Außerdem wurde der Vorstand der Reichsbankstelle Neustadt a. d. H., Rothaus, verhaftet, weil er Angaben über die Abschlußziffern der Bankbücher verweigerte. Er soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Kundgebungen für Schlutius

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Düsseldorf, 26. Januar

Die staatlichen Beamten Düsseldorfs veranstalteten gestern aus Anlaß der Verhaftung und Ausweisung des Dr. Schlutius eine Protestversammlung, die sich zu einer großen nationalen Kundgebung ausdehnte. Die Veranstalter erhielten großen Zustrom aus allen Kreisen der Bevölkerung, namentlich auch aus der Arbeiterschaft. Unter Absingen patriotischer Lieder zog die Menge durch die Straßen und schließlich auch vor den Sitz einiger französischer Stabsquartiere, so vor den Stahlhof und das Hotel Breitenbacher Hof. Eine Anzahl Leute suchte in das Hotel einzudringen, worauf ein französischer Soldat mit einem Gewehr herauskam. Er wurde aber von einem französischen Offizier am Feuern verhindert.

Der Düsseldorfer Hauptbahnhof ist nunmehr gänzlich geschlossen.

Prügel für Poincaré

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Düsseldorf, 26. Januar.

In der unteren Nordstraße wurden Franzosen aus der elektrischen Straßenbahn gerissen und ihnen die Seitengewehre, Litzen usw. abgenommen. Sie erhielten Prügel und durften dann ihren Weg fortsetzen. Die ihnen abgenommenen Waffen wurden in den Abstichkanal gelegt.

Beachten Sie,

daß der Handelsteil des Leipziger Tageblattes nicht nur tägliche Funksprüche aus New York und Chicago sowie die Schlußkurse aller wichtigen europäischen Börsen enthält, sondern auch täglich einen mehrseitigen „Warenmarkt" bringt, der sogleich die Preisschwankungen der wichtigsten Rohmaterialien und Fertigwaren vermerkt und deshalb dem Industriellen wie dem Großkaufmann und Detailhändler eine rasche, genaue Kalkulation ermöglicht!

Das gleichgiltige Moratorium

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Frankreich und Belgien werden heute nachmittag in einer offiziellen Sitzung der Reparationskommission den Antrag stellen, daß die Erörterung über die Antwort auf das deutsche Moratoriumsgesuch vom 14. November von der Tagesordnung abgesetzt wird, weil Deutschland durch seine Note vom 13. Januar ausdrücklich Reparationsleistungen für Frankreich und Belgien abgelehnt und damit seinen Moratoriumsantrag selbst zurückgezogen habe. Italien soll bereits offiziös erklärt haben, daß es dem französisch-belgischen Antrage zustimmen werde. Man erwartet Stimmenthaltung des englischen Delegierten.

Frankreich und Belgien sollen beide die Absicht haben, die Feststellung einer „allgemeinen, vorsätzlichen Nichterfüllung" Deutschlands zu beantragen. Man glaubt, daß auch dieser Antrag mit drei Stimmen bei Stimmenthaltung des englischen Delegierten angenommen wird.

Die Reparationskommission wird endlich darüber zu beschließen haben, an welchem Termin Deutschland die erste Ratenzahlung zu leisten hat, nachdem der Londoner Zahlungsplan wieder in Kraft getreten ist. Bis zum 31. Januar ist ein vorläufiges Moratorium bewilligt worden. Italien hat anscheinend den 15. Januar vorgeschlagen, während Frankreich den 31. Januar für das gegebene Datum hält.

Große Bedeutung wird der Frage nicht beigelegt, da kein Mensch damit rechnet, daß Deutschland zahlt. Das von Loucheur inspirierte Petit Journal gibt dieser Auffassung Ausdruck. „Die Frage ist sehr einfach: Frankreich, Belgien und Italien haben Pfänder erfaßt. Unter welchen Bedingungen und in welchem Umfange können sie diese Pfänder wieder freigeben? Die deutsche Regierung, unsere englischen Verbündeten und ihre amerikanischen Freunde und alle Männer mit Ideen und gutem Willen haben das Wort."

Die Berichterstatter der Finanzkommission des Senats Millies-Lacroix und Béranger, sind gestern von Poincaré empfangen worden, der sie über eine Anzahl von Einzelheiten über die im Ruhrgebiet ausgeführten und in der Durchführung begriffenen Aktionen wirtschaftlicher, fiskalischer und finanzieller Art unterrichtet hat. Poincaré hat ihnen mitgeteilt, daß er der Kammer demnächst ein Projekt überreichen werde, in dem ein außerordentlicher Kredit von 45 Millionen Franken verlangt werde zur Deckung der Kosten für die Durchführung der Besetzung des Ruhrgebiets in den Monaten Januar und Februar.

Eine sonderbare Beweisführung

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Paris, 26. Januar.

Die Journée Industrielle meldet, daß eine ganze Reihe von Fabriken in Ostfrankreich, in Lothringen und Luxemburg ihre Produktion wegen Koksmangels einstellen mußten. Das Watt zählt die wichtigsten Fabriken auf und bemerkt dazu, diese Lage beweise am besten, wie wenig Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Wenn Deutschland diesen Verpflichtungen nachgekommen wäre, müßten die französischen Fabriken im Besitz eines ausreichenden Koksvorrates sein, um auf einige Zeit auf neue Koksendungen aus dem Ruhrgebiet verzichten zu können.

*

Nach Mitteilung der Morgenpresse haben gestern etwa 500 französische Eisenbahnarbeiter Paris in der Richtung **nach dem besetzten Gebiet verlassen.**